



B/89905

Weniger Gesetze durch Privatisierung öffentlicher Aufgaben?

**Dr. Ortlieb Fliedner
Sabine Hadamik**

**Zwei Fallstudien
im Auftrag der
Friedrich-Ebert-Stiftung**

Inhalt

Zusammenfassung 9

A. Einleitung

1. Untersuchungsauftrag 15

2. Methode der quantitativen Erfassung gesetzlicher Regelungen..... 18

B. Fallstudie „Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikation“

I. Umfang der gesetzlichen Regelungen vor und nach der Privatisierung und Liberalisierung des Telekommunikationsbereichs..... 21

1. Die Gesetzeslage vor der Privatisierung und Neuordnung des Telekommunikationsbereichs 21

2. Umfang der Gesetzgebungstätigkeit zur Durchführung der Privatisierung und Liberalisierung des Telekommunikationsbereichs..... 23

2.1 Postreform I 23

2.2 Postreform II 24

2.3 Postreform III..... 24

2.4 Umfang aller Regelungen, die zur Durchführung der Privatisierung und Liberalisierung des Telekommunikationsbereichs erlassen wurden 25

3. Der Gesetzesbestand nach vollzogener Privatisierung und Liberalisierung des Telekommunikationsbereichs..... 26

3.1 Neue Bestimmungen auf der Ebene der Verfassung..... 26

3.2 Überblick über die Gesetze, die zu Beginn des Jahres 1998 nach Durchführung der Privatisierung und Liberalisierung den Telekommunikationsbereich regeln..... 27

3.2.1 Das Telekommunikationsgesetz vom 25.7.1996 (TKG 96) 27

3.2.2 Das Gesetz zur Sicherstellung des Postwesens und der Telekommunikation 28

3.2.3 Das Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Post und
Telekommunikation Deutsche Bundespost (Bundesanstalt Post-Gesetz) 28

3.2.4 Das Gesetz über die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung im
Bereich der früheren Deutschen Bundespost 29

3.2.5 Gesetz zur Errichtung einer Museumsstiftung Post und Telekommunikation 30

3.2.6 Gesetz zum Personalrecht der Beschäftigten der
früheren Deutschen Bundespost 30

3.2.7 Personalrechtliches Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz 31

3.2.8 Gesetz zur Umwandlung der Unternehmen der Deutschen Bundespost
in die Rechtsform der Aktiengesellschaft 31

4. Ergebnis der quantitativen Untersuchung 31

**II. Der vom Gesetzgeber im Telekommunikationsgesetz 96 für erforderlich
gehaltene sektorspezifische Regelungsbedarf 32**

1. Der durch die Ziele des TKG 96 beschriebene Regelungsbedarf 32

2. Regelung der Marktzugangsvoraussetzungen 33

3. Regelung der Universaldienstleistungen 34

4. Sonderregelungen für marktbeherrschende Unternehmen 35

5. Wegerechte 35

6. Regelungen zu Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen 36

7. Regelungen zum Fernmeldegeheimnis, zum Datenschutz und
zur öffentlichen Sicherheit 37

8. Nummernverwaltung, Frequenzordnung 37

9. Kundenschutzregelungen 38

10. Regulierungsbehörde 39

**III. Die weitere Entwicklung der aufgrund der Privatisierung und Liberalisierung
des Telekommunikationsbereichs im TKG 96 getroffenen Regelungen 39**

1. Erlass eines neuen Gesetzes über Funkanlagen und
Telekommunikationsendeinrichtungen (FTEG) 39

2. Das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er-/090er-
Mehrwertdiensternummern 40

3.	Die Weiterentwicklung der im TKG 96 für erforderlich gehaltenen Regelungen durch das Telekommunikationsgesetz vom 22.6.2004 (TKG 2004).....	41
3.1	Die Ziele der Regulierung im TKG 2004	42
3.2	Regelung der Marktzugangsvoraussetzungen.....	42
3.3	Die Regelungen zum Universaldienst.....	43
3.4	Sonderregelungen für marktbeherrschende Unternehmen.....	43
3.5	Wegerechte.....	44
3.6	Regelungen zum Fernmeldegeheimnis, zum Datenschutz und zur öffentlichen Sicherheit.....	44
3.7	Nummernverwaltung, Frequenzordnung	44
3.8	Regulierungsbehörde.....	45
IV.	Ergebnisse der Untersuchung des sektorspezifischen Regelungsbedarfs nach der Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte.....	46
1.	Weiteres Anwachsen des Vorschriftenbestandes.....	46
2.	Vorübergehende Natur der sektorspezifischen Regelungen im Telekommunikationsbereich?.....	46
C.	Fallstudie „Einführung des privaten Fernsehens in Deutschland“	
I.	Umfang der gesetzlichen Regelungen vor und nach der Einführung des privaten Fernsehens in Deutschland.....	51
1.	Die Situation des Rundfunks (Hörfunk und Fernsehen) in Deutschland bis zur Einführung privaten Rundfunks	51
2.	Umfang der gesetzlichen Vorschriften zur Regelung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor Einführung des privaten Fernsehens.....	53
2.1	Die Rechtsgrundlagen der Landesrundfunkanstalten.....	53
2.2	Die Rechtsgrundlagen für die Gemeinschaftsaufgaben der Landesrundfunkanstalten	54
2.3	Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF).....	55
2.4	Rechtsgrundlagen für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	55
3.	Umfang der Gesetzgebungstätigkeit zur Einführung privaten Rundfunks in Deutschland	56

3.1	Gesetze zur Durchführung der Kabelpilotprojekte, vorläufige Weiterverbreitungsgesetze.....	56
3.2	Landesrundfunk-/Landesmediengesetze.....	58
3.3	Satellitenteilstaatsverträge	59
3.4	Rundfunkstaatsvertrag 1987.....	59
4.	Ergebnis der quantitativen Untersuchung	60

**II. Überblick über den Regelungsbedarf infolge der Einführung privaten
Rundfunks in Deutschland** 61

1.	Verfassungsrechtliche Verpflichtung des Gesetzgebers, die Freiheit des Rundfunks zu gewährleisten, Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	61
2.	Übersicht über die Bereiche, deren Regelung von den Rundfunkgesetzgebern für erforderlich gehalten wurden.....	63
2.1	Zugangsregelungen, Auswahlgrundsätze.....	63
2.2	Rundfunkspezifische Konzentrationskontrolle	64
2.3	Regelungen zur Werbung	65
2.4	Rundfunkspezifische Regelungen zum Jugendschutz.....	66
2.5	Regelungen zur Aufsicht über den privaten Rundfunk.....	67
3.	Die weitere Entwicklung der Gesetzgebung für den privaten Rundfunk.....	68

**III. Die weitere Entwicklung der durch die Einführung privaten Rundfunks
notwendig gewordenen Regelungen.....** 69

1.	Zugangsregelungen, Auswahlgrundsätze.....	69
2.	Rundfunkspezifische Konzentrationskontrolle	71
3.	Regelungen zur Werbung	73
4.	Rundfunkspezifische Regelungen zum Jugendschutz.....	74
5.	Regelungen zur Aufsicht über den privaten Rundfunk.....	76

**IV Ergebnisse der Untersuchung des Regelungsbedarfs und der weiteren
Entwicklung der gesetzlichen Regelungen nach Einführung des privaten
Rundfunks** 77

1.	Weiteres Anwachsen des rundfunkspezifischen Vorschriftenbestandes.....	77
----	--	----

2. Gründe für die Vermehrung der Vorschriften für den privaten Rundfunk 78

D. Gemeinsame Ergebnisse der beiden Fallstudien

1. Mehr Vorschriften nach Privatisierung von vorher allein in öffentlich-rechtlicher
Verantwortung wahrgenommener Aufgaben 81

2. Die Gewährleistungsverpflichtungen des Staats als wesentliche Gründe für die
Zunahme gesetzlicher Regelungen 83

3. Schlussfolgerungen 86

Zu den Autoren 89

